

## **Kampf um die metallische Basisindustrie: Ablehnung der Motion setzt grüne Transformation aufs Spiel**

**Trotz positiver Signale aus dem Ständerat hat die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben WAK des Nationalrates die Motion Zanetti zur Sicherung des metallischen Materialkreislaufs zur Ablehnung empfohlen. Aufgrund der Relevanz wurde eine gleichlautende Motion durch Nationalrätin Diana Gutjahr eingereicht. Die Entscheidung untergräbt die Fortschritte zur grünen Transformation und stellt eine akute Gefahr für die Standorte der metallischen Basisindustrie in der Schweiz dar.**

Am 26. und 27. Juni hat sich die nationalrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben WAK-N intensiv mit der Motion Zanetti (22.4447) "Sichern des metallischen Materialkreislaufs in der Schweiz" befasst, die zuvor vom Ständerat deutlich angenommen worden war. Im Nationalrat wurde eine gleichlautende Motion durch die Nationalrätin Diana Gutjahr (22.4433) eingereicht.

Die Motion wurde als Reaktion auf die Energie- und Industriepolitik der EU eingereicht und verlangte ein Massnahmenpaket zugunsten der Schweizer Stahl- und Aluminiumindustrie, welches den Fortbestand der Standorte in der Schweiz sichern sollte. Als wichtige Teilnehmer in der Schweizer Kreislaufwirtschaft stellt die metallische Basisindustrie die Versorgung der Schweizer Wirtschaft mit wichtigen Produkten sicher, so wird z.B. mehr als jede zweite Baustelle mit Schweizer Recyclingstahl beliefert. Bedauerlicherweise hat die Mehrheit der WAK-N mit 15 zu 8 Stimmen bei einer Enthaltung die Ablehnung der Motion empfohlen.

Die Begründung der Mehrheit der WAK-N basierte darauf, dass branchenspezifische Programme vermieden werden sollten, da gute Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Schweizer Industrie von entscheidender Bedeutung seien. Es wurde betont, dass staatliche Eingriffe in den Markt aus ordnungspolitischer Sicht nicht angemessen seien. Zudem wurde argumentiert, dass sich die Energiepreise mittlerweile normalisiert haben und umliegende Länder allmählich ihre Massnahmen zurückschrauben.

metal.suisse bewertet die Entscheidung der Mehrheit der WAK-N als eine enttäuschende Absage für die Standorterhaltung der Schweizer Basisindustrie und die metallischen Kreisläufe. Diese Ablehnung verkennt die Gefahren der ausländischen Energie- und Industriepolitik für die Schweizer Basisindustrie und gefährdet die Fortschritte der Dekarbonisierung. Damit stellt sie eine akute Gefahr für die Schweizer Produktionsstandorte dar.

metal.suisse bedauert den ordnungspolitischen Unsinn, der in der EU, und in deren Mitgliedsländern stattfindet. Aus ordnungspolitischer Sicht darf der Staat nicht in die Märkte eingreifen und muss deren Funktionieren sicherstellen. Die Industriepolitik und die Subventionierung des Industriestroms haben in der EU und in deren Mitgliedsländer jedoch Ausmass angenommen, welches die Märkte stark verzerrt. Die Rahmenbedingungen in der Schweiz sind grundsätzlich gut und die Unternehmen haben sich stets zu ihren Schweizer Standorten bekannt. Der Wettbewerbsnachteil der Schweizer Industrie lässt sich aber nicht mehr nur durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen korrigieren. Obwohl sich die Energiepreise etwas beruhigt haben, ist der Kostennachteil in der Schweiz so gravierend, dass in der Schweiz bereits heute zum Teil nicht mehr kostendeckend produziert werden kann. Zudem geht die Diskussion in der EU die gegensätzliche Richtung. Hier wird bereits ein vergünstigter Industriestrom diskutiert, um die Dekarbonisierung zu fördern.

Die EU und ihre Mitgliedsländer tätigen erhebliche Investitionen in die metallische Basisindustrie. Sie begleiten damit Ihre rigorose Klimapolitik und entlasten die Industrien, die dadurch am stärksten betroffen sind. Zudem zeigen die Mitgliedsländer, dass sie gewillt sind dort zu investieren, wo die Hebel zur Dekarbonisierung am grössten sind. Diese Strategie wird mittlerweile sogar von der OECD unterstützt, einer Verfechterin der liberalen Wirtschaftspolitik in der EU, um grünes Wachstum zu ermöglichen.

Bisher haben sich Bundesrat und das Parlament entschieden, diese Entwicklung als Zaungäste zu beobachten, ohne angemessene Massnahmen zu ergreifen. Die Schweiz verliert dadurch erheblich an Attraktivität für dringend notwendige Investitionen. Aktuell sind die Schweizer Produzenten in einer Führungsposition, wenn es um eine effiziente und ökologische Produktion geht. Ohne erhebliche zusätzliche Investitionen wird die Basisindustrie in der Schweiz nur noch die Kostenführerschaft behalten. Unter unternehmerischen Gesichtspunkten sind Investitionen in einem solchen Klima kaum mehr zu rechtfertigen. Dies wird zweifellos als ein Lehrstück für Carbon Leakage in die Geschichtsbücher eingehen.

metal.suisse fordert den Nationalrat auf, diese Entscheidung seiner WAK in der Herbstsession zu korrigieren und dem Minderheitsantrag zu folgen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Notwendigkeit erkannt wird, die metallische Basisindustrie in der Schweiz zu sichern, somit die funktionierenden Kreisläufe aufrecht zu erhalten und die Versorgungssicherheit sicherzustellen.

Der Dachverband metal.suisse fördert die Stahl-, Metall- und Fassadenbauweise in der Schweiz und setzt sich für den Materialkreislauf der metallischen Werkstoffe ein. Der Verband ist überzeugt mit seiner Bauweise und seinen Materialien einen zentralen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Schweiz beitragen zu können. Recyclingmaterialien sind heute Standard. metal.suisse fördert Konzepte der Weiter- und Wiederverwendung von Gebäuden und Bauteilen und unterstützt deren Umsetzung.

Basel, 30. Juni 2023

### **Medienkontakt metal.suisse**

Andreas Steffes  
Güterstrasse 78  
4053 Basel

Luc Drosten  
Güterstrasse 78  
4053 Basel

info@metalsuisse.ch  
+41 61 228 90 32  
+41 76 426 34 01

info@metalsuisse.ch  
+41 61 202 94 35